LZ-Rheinland

Artikel vom 01.07.2026 · Ausgedruckt am 10.11.2026, 15:32 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/die-zahl-ist-rot

„Die Zahl ist rot!“



Foto: Dr. Elisabeth Legge

Deutscher Bauerntag 2026 in Freiburg: Rukwied hält letzte Grundsatzrede als DBV-Präsident

„Landwirtschaft stärken – Versorgung sichern“ unter diesem Motto stand der Deutsche Bauerntag 2026, der am Mittwoch und Donnerstag vergangener Woche in der Messe in Freiburg stattfand. Und Antworten auf das Motto, zumindest was die Landwirtschaft angeht, gab es zur Genüge. DBV-Präsident Joachim Rukwied und die anwesenden Landwirtinnen und Landwirte warteten mit klaren Forderungen an die Politik in Berlin und Brüssel auf, wie die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft gestärkt werden kann. Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer zeigte zwar Verständnis für die Sorgen der Landwirtschaft, räumte aber ein, dass es schwierig sei, manche Forderungen umzusetzen.

Spürbare Entlastungen gefordert

„Viele Dinge treiben mich um, aber zwei Dinge besonders. Dies sind der enorme Preisdruck bei fast allen landwirtschaftlichen Produkten und die hohen Betriebsmittelkosten“, betonte Rukwied zu Beginn seiner Grundsatzrede. Man müsse kein Betriebswirt sein, um die Situation in der Landwirtschaft einzuschätzen. „Es rechnet sich

nicht mehr. Die Zahl ist rot“, machte er vor den 500 Delegierten der Landesbauernverbände und rund 750 Gästen unmissverständlich deutlich. Für die Betriebe forderte er spürbare Entlastungen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bräuchten „mehr Netto vom Brutto“, sagte Rukwied mit Blick auf hohe Abgaben und neue Belastungen. Aufgrund der unverändert angespannten Kosten- und Erlössituation der Betriebe pochte der DBV-Präsident nochmals auf die Verlängerung des Tankrabats. Die Regelung müsse bis November dieses Jahres gelten. Rukwied bekräftigte auch nochmals die Forderung des Berufsstands nach Erleichterungen beim gesetzlichen Mindestlohn. Ein 20-%-Abschlag für Saisonbeschäftigte sei für die Sonderkulturbetriebe unerlässlich, betonte der Bauernpräsident. „Bei diesem Thema werden wir nicht nachlassen“, kündigte er an. Die SPD müsse sich bewegen.

Heftige Kritik übte Rukwied an der geplanten Abschaffung von Minijobs in der Landwirtschaft: „Das ist wirtschaftlicher Unsinn. Damit legt die Politik dem Mittelstand die Schlinge um den Hals“, so der Bauernpräsident. Zwar sei das Papier der Rentenkommission insgesamt positiv, eine Abschaffung der Minijobs mit dem Bauernverband jedoch nicht zu machen. Der DBV-Präsident wies darauf hin, dass viele Betriebe dringend auf die Mitarbeit von Minijobbern angewiesen seien. Eine Streichung dieser für Arbeitnehmer und Arbeitgeber attraktiven Form der Beschäftigung werde man daher nicht hinnehmen. Nach wie vor in der Pflicht sieht Rukwied den Staat bei der Tierhaltung. Insbesondere in der Ferkelproduktion drohe ein Strukturbruch. Ein mindestens mit 200 Mio. € im Jahr dotiertes Sonderprogramm für Sauenhalter sei unerlässlich. Auch andere Tierhaltungsbereiche dürften nicht aus dem Blickfeld der Politik geraten. Entscheidend ist seiner Meinung nach ein politisches Bekenntnis, die Tierhaltung in Deutschland zu halten.

AgE/el

Mehr in LZ 27-2026 ab S. 10.